„Es setzt sich nur so viel Wahrheit durch, wie wir durchsetzen.“ (Bertolt Brecht)

RATHAUSREPORT

Alternatives Amtsblatt der Fraktion DIE LINKE.Potsdam **Nr.: 01/2014**

21. Jahrgang **58. Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 29. Januar 2013**

LINKE fragt nach Erfüllung des „Begleitbeschlusses“

Mehr als (k)ein Stadtschloss



Die Stadt- und Landesbibliothek ist inzwischen neu eröffnet.

Mit ihrer Großen Anfrage hatte sich DIE LINKE bei einigen Fraktionen einen Rückfall in Zeiten genereller Beschimpfungen als „SED-Nachfolger“ (die das Schloss und die Garnisonkirche sprengten) „eingefangen“.

Begleitbeschluss Landtagsneubau

1. **Verkehrsneuordnung in der Potsdamer Mitte verträglich gestalten**
2. **Altes Rathaus und Stadt- und Landesbibliothek bis 2011 sanieren**
3. **Sanierung von Schulen und Kitas bis 2011**
4. **Eigenmittel für Neubaugebiete**
5. **Zügige Entwicklung der Speicherstadt**
6. **Neue politische Kultur der Bürgerbeteiligung**
7. **Der Landtag als Haus der Demokratie, als Haus des Volkes**

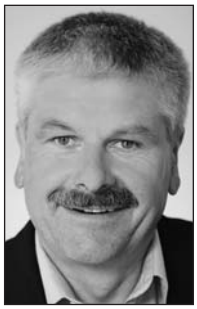
Das war wohl zu erwarten, denn die LINKE hatte von Beginn an gegen den Wiederaufbau des Stadtschlosses votiert, wodurch im Jahre 2006 zwei Abstimmungen für das Stadtschloss keine Mehrheit in der SVV bekommen hatten. Erst da ging man auf die von der LINKEN immer wieder geforderte Bürgerbefragung ein. Die ergab einer relative Mehrheit für einen Landtagsneubau in den Umrissen des Stadtschlosses. Dies hatte die LINKE akzeptiert, was teilweise von den Schloss-Gegnern nicht verstanden wurde, weil eine absolute Mehrheit in dieser Befragung sich für die anderen beiden Varianten ausgesprochen hatte.

Nichtsdestotrotz verband die Fraktion der LINKEN ihre Zustimmung mit der Entscheidung über einen Begleitbeschluss, in dem wichtige Zielstellungen für die städtische Entwicklung formuliert wurden.

Nach dem Einzug des Landtages sei es nun an der Zeit, die Umsetzung der 2007 formu-

Fortsetzung auf Seite 2

Mit auf den Weg…



Liebe Potsdamerinnen und Potsdamer,

die erste Sitzung im Wahljahr 2014 verlief relativ unspektakulär. Dank des vor mehr als zwei Jahren gestellten Antrages der Linksfraktion konnten erstmals Interessierte die sieben Stunden im livestream verfolgen. Sie sahen unter anderem die klare Entscheidung für eine zügige Sanierung der beiden Sporthallen im Luftschiffhafen, die aus unserer Sicht richtige Konsequenz nach der Anfang Dezember überraschend erfolgten bauaufsichtlichen Sperrung. Wir werden darauf achten, dass verantwortungsbewußt mit den knapp 5 Millionen Euro umgegangen wird, die die Stadtverordneten frei gegeben haben. Die Diskukssion zur Großen Anfrage der Linksfraktion zum Landtagsneubau zeigte, dass es nach wie vor unterschiedliche Sichtweisen zur Entwicklung der historischen Mitte gibt. Fakt ist, dass wir Ende 2006, nach zwei gescheiterten Abstimmungen und der dritten bevorstehenden Abstimmung zum Neubau des Landtages auf dem Grundriss des Stadtschlosses, die vorher von der Schlosskoalition verhinderte Bürgerbefragung durchgesetzt und das für uns unerwartete Ergebnis respektiert haben. Fakt ist auch, dass wir im Gegenzug insbesondere einen Schub in der Schul- und Kitasanierung und die Sanierungen des Bibliotheksgebäudes und des Alten Rathaus erreichen konnten. Während DIE LINKE die Entscheidung zum Landtagsneubau als ein von ihnen durchgesetzes Beispiel für Bürgerbeteiligung und eine ausgewogene Entwicklung der Stadt ansehen, bekräftigen andere den Anspruch darauf, schon immer für den Wiederaufbau des Stadtschlosses gewesen zu sein. Die Auseinandersetzung geht weiter, so zum Umgang mit der Weißen Flotte und dem „Mercuré“ oder zur Zukunft der 182 städtischen Wohnungen im Wohnblock am Staudenhof.

Ihr Dr. Hans-Jürgen Scharfenberg, MdL
Fraktionsvorsitzender

Wortmeldung

Verschobene Prioritäten



Die größte Aufmerksamkeit richtete sich am Mittwoch auf die anstehende Entscheidung zum Luftschiffhafen, deren Einmütigkeit wohl manchen Beobachter überraschte.

Ein vergleichsweise überschaubares Anliegen der LINKEN zur Schulwegsicherung an der vielbefahrenen Pappelallee geriet dagegen zum echten Aufreger. Der dort von vielen Grundschülern genutzte Ampelübergang ist aufgrund des besonders schmalen Gehwegs extrem gefährlich. Meine Fraktion hatte deswegen beantragt, zunächst eine Tempobeschränkung in den Morgenstunden anzuordnen und im 2. Schritt bauliche Veränderungen der Kreuzung zu prüfen. Zum wiederholten Male sprach Matthias Klipp der SVV die Kompetenz für derartige Entscheidungen ab. Es fehle der Verkehrsbehörde an einer Rechtsgrundlage für die Anordnung von Tempobeschränkungen.

Es gilt in Potsdam also scheinbar nicht nur eine andere Straßenverkehrsordnung als im Rest des Landes, sie sieht Tempolimits auch nur für die Luftreinhaltung oder den gesunden Nachtschlaf betuchter Anwohner, nicht aber zum Schutz unserer Kinder vor. Und diese Haltung vertritt der Baubeigeordnete aus einer Partei, die vor nicht allzulanger Zeit noch Tempo 30 auf allen innerstädtischen Straßen einführen wollte. Da war von fehlenden Ermächtigungsgrundlagen nicht die Rede.

Es wird Zeit, dass wir Familienfreundlichkeit auch in dieser Hinsicht ernster nehmen!

Stefan Wollenberg
arbeitet für die Fraktion der LINKEN im Ausschuss für Bildung und Sport,
im Jugendhilfeausschuss und im
Ausschuss für Eingaben und Beschwerden

Verwaltung beantwortete Fragen der LINKEN

Nachnutzung der Kaufhalle am Bisamkiez?

In der ersten März-Hälfte werde er die Eigentümerin des Gebäudes an seinem Tisch haben, sagte der Baubeigeordnete Matthias Klipp auf die Frage von Hans-Jürgen Scharfenberg, was die Verwaltung unternehme, um eine zügige Nachnutzung der ehemaligen Kaufhalle am Bisamkiez zu befördern. Die Verwaltung hatte auf eine Anfrage bereits zugesichert, sich um eine zügige Nachnutzung der Halle zu kümmern. Auf einen ersten Terminvorschlag habe er keine Antwort bekommen, sagte Klipp, jetzt habe er „nachgefasst". Zunächst gehe es darum, mit der Eigentümerin zu klären, was sie mit dem Gebäude vorhabe, dann könne mit einem potenziellen Mieter/Nutzer gesprochen werden.

Weiter warten auf Parkplätze in Drewitz?

Bewohner in der Hans-Albers-Straße warten auf die Zuweisung von Anwohnerparkplätzen. Der Bürgervertretung Drewitz war zugesagt worden, dass 33 Parkplätze bis Weihnachten 2013 zur Verfügung stehen. Das ist bisher nicht geschehen. Wann werden die Parkplätze zur Verfügung stehen, fragte Jana Schulze.

Matthias Klipp entschuldigte sich mit umfangreichen Hoch- und Straßenbaumaßnahmen in der Gartenstadt Drewitz. Eingriffe in das öffentliche „Straßenland" seien immer mit Unzufriedenheit der Betroffenen verbunden. Wenn die Maßnahmen abgeschlossen sind, könne man das Stellplatzkonzept realisieren. Und wenn dies nicht ausreiche, seien noch Möglichkeiten, Stellplätze in der Slatan-Dudow-Straße zu erschließen. Auf die Nachfrage, wie diese Verzögerung mit der Bürgervertretung abgestimmt wurde, lenkte Klipp ein: man könne „temporäre Maßnahmen" auch vorher „konkret angehen."

Noch kein Konzept zum Gedenken in Potsdam

DIE LINKE hatte angeregt, in der Stadt ein Konzept über die Formen und Orte des Gedenkens zu verschiedenen Anlässen zu erarbeiten. Dazu ist im vorigen Jahr eine Reihe von Workshops und Diskussionsveranstaltungen durchgeführt worden. Das Konzept fehlt noch. Die Stadt hatte sich zwei Tage zuvor, am bundesweiten „Tag des Gedenkens an die Opfer des Nationalsozialismus" an der Gedenkveranstaltung in der Gedenkstätte „Lindenstraße" beteiligt, was die LINKE öffentlich kritisiert hatte: Dort werde an die Opfer politischer Gewalt im 20. Jahrhundert erinnert und nicht explizit des Holocaust, der mit nichts vergleichbar sei.

Wie der Stand der Erarbeitung des Konzeptes ist, wollte Dr. Karin Schröter wissen.

Oberbürgermeister Jakobs sagte zunächst, ein Gedenkkonzept sei intensiv und mit umfänglicher Beteiligung vorbereitet worden. Man warte noch die Ergebnisse der „Städtekoalition gegen Rassismus" ab und werde das Konzept im März vorlegen. Bis dahin werde nach dem bisher erarbeiteten Muster verfahren.

Zur Nachfrage von Karin Schröter bezüglich des 27. Januar sagte Jakobs, die Stadt habe keine eigene Veranstaltung organisiert und sich der Initiative angeschlossen. Im Konzept sei auch kein zentraler Gedenkort in Potsdam vorgesehen. Die LINKE sieht weiteren Diskussionsbedarf.

Fortsetzung von Seite 1

lierten Zielstellungen zu betrachten, begründete Dr. Hans-Jürgen Scharfenberg die Große Anfrage. Oberbürgermeister Jann Jakobs hatte die sieben Schwerpunkte zwar schriftlich beantwortet, fügte aber noch grundsätzliche Gedanken hinzu. Der Neubau sei die „wichtigste stadtpolitische Entscheidung des letzten Jahrzehnts" gewesen. „Der Landtags-Neubau ist ein Glücksfall für Potsdam, eine Initialzündung für die Entwicklung der Potsdamer Mitte."

Einige der Maßnahmen bewertete Jakobs deutlich positiv: mit der inzwischen vollendeten Sanierung der Stadt- und Landesbibliothek sei ein „echtes Juwel" entstanden. Mit dem Sanierungsplan von Kitas und Schulen sei der „Kampfbegriff der Schlossgegner Kinder statt Schloss". entkräftet worden. „Wir haben beides gemacht. Mit Beschluss der Wirtschaftspläne 2008 bis 2011 wurde das Bildungsinfrastrukturprogramm massiv auf 102 Millionen Euro aufgestockt."

Seit 2007 wurde die Entwicklung des Bürgerhaushalts vorangetrieben. Mittlerweile wurde ein Büro für Bürgerbeteiligung eingerichtet. Das Instrument der Bürgerbefragung sei weiter qualifiziert worden. Ob es stimmt, was der SPD-Fraktionsvorsitzende Mike Schubert meinte, dass diese Ergebnisse sowieso erreicht worden wären?

Abgelehnt

Flutung des Stadtkanals durch die Feuerwehr

Die alljährliche Flutung das Stadtkanals für den beliebten Kanalsprint soll in Zukunft durch die Freiwillige Feuerwehr mit Brauchwasser und nicht mit Trinkwasser erfolgen. Dieser Antrag der LINKEN wurde abgelehnt, nachdem die zuständige Beigeordnete Elona Müller-Preinesberger erklärt hatte, dass bei der notwendigen Füllhöhe von einem Meter die Feueerwehr mit doppeltem B-Schlauch über 31 Stunden zu tun hätte. Das sei von der Feuerwehr nicht zu leisten.

Der Oberbürgermeister hatte auf eine Einwohnerfrage hin im Dezember erklärt, dass die Freiwillige Feuerwehr den Kanal mit Brauchwasser füllen könnte, um so die Voraussetzungen für das Schlittschuhlaufen zu schaffen. Der eine sagt so, die andere so… .

Aber dass DIE LINKE die Stadtverordneten mit ihrem Begleitbeschluss (über das Stadtschloss hinaus zu denken), die SVV „erpresst" hatte wie Rolf Berndt (FDP) meinte, oder dass sich „die LINKE ihr Stillhalten teuer bezahlen ließ" (Horst Heinzel, CDU), entlarvt eher die Urheber solcher Meinungen: Wer sich „erpresst" fühlt, hatte doch wohl anderes (oder nichts) vor!

Mehrheitlich beschlossen

Mensa der Voltaire-Schule

Zu klein und in schlechtem Zustand ist die Mensa der Voltaire-Gesamtschule. Schüler, Eltern und Lehrer bemängeln die Situation seit geraumer Zeit, denn sie beeinträchtigt den Schulbetrieb der Ganztagsschule. Mehrheitlich beschlossen nun die Stadtverordneten den Antrag der LINKEN, dass die Sanierung der Mensa bzw. ein entsprechender Neubau zusätzlich in die Planung des KIS aufzunehmen ist. In der März-Sitzung soll der Oberbürgermeister über den Stand informieren.

Infrastruktur im ländlichen Raum

Die Straßenverbindung zwischen Fahrland und Marquardt soll wiederhergestellt werden. Wie diese Infrastrukturmaßnahme im ländlichen Raum realisiert werden kann, soll noch im ersten Halbjahr den Stadtverordneten vorgelegt werden, heißt es in dem von der LINKEN initiierten Beschluss. Der Ortsbeirat Marquardt schlägt dazu vor, die vorhandene Wegeverbindung vom Kreisverkehr Satzkorn (B 273) zum Bahnhof Marquardt (Ostseite) als Fahrstraße bis zum geplanten Park&Ride-Parkplatz auszubauen.

Management Wohnen

Der ohnehin vielschichtige und komplizierte Potsdamer Wohnungsmarkt ist besonders für Menschen mit Behinderungen und ältere Bürgerinnen und Bürger schwer zu übersehen. Diesen soll mit einer einer besseren Koordinierung und Bereitstellung von Informationen zum Wohnungsbestand zur bedarfsorientierten Vermittlung des vorhandenen Wohnraums geholfen werden. Das wollte ein Antrag der LINKEN in Umsetzung des lokalen Teilhabeplanes erreichen. In der April-SVV soll der Oberbürgermeister berichten, wie dieses Ziel erreicht werden kann.

Dreijahresverträge für Kulturträger

Um die Kontinuität und die Planungssicherheit zu gewährleisten, sollen mit dem Hans Otto Theater, der Kammerakademie Potsdam, den Musikfestspielen und dem Nikolaisaal Dreijahresverträge, anstatt bisher Einjahresverträge, abgeschlossen werden. Die LINKE hatte ursprünglich alle institutionell geförderten Kulturträger in den Antrag eingeschlossen. Beschlossen wurde die Änderung des Kulturausschusses, dass der Abschluss von Dreijahresverträgen für darüber hinaus gehende Kulturträger geprüft werden soll.

Zeitplan Haushalt 2015/2016

Im März soll der Oberbürgermeister der SVV einen Zeitplan für die Aufstellung des Haushaltes 2015/2016 sowie den Zeitplan für den Bürgerhaushalt 2015/2016 mit allen entsprechenden Orientierungsdaten vorlegen.

Überwiesen in Ausschüsse

Wohnkonzept früher

Zur Lösung dringender Wohnprobleme soll die Verwaltung eher als vom Oberbürgermeister in Aussicht gestellt nicht erst Mitte 2015 vorgelegt werden. Die LINKE drängts seit Jahren mit zahlreichen Initiativen auf diesen inhaltlichen Leitfaden. Bereits das Stadtentwicklungskonzept Wohnen, der Beschluss über erschwingliche Mieten, die Ableitung von Sofortmaßnahmen aus der Arbeit des Expertengremiums Potsdam 22 gäben die Möglichkeit, Maßnahmen bereits vor diesem Zeitpunkt, spätestens Ende dieses Jahres, festzulegen, begründete Hans-Jürgen Scharfenberg.
Der Antrag wurde in den Ausschuss für Stadtentwicklung und Bauen und in den Hauptausschuss überwiesen.

Stufenkonzept zur Wiedereröffnung der gesperrten Sporthallen

Als einer von mehreren Anträgen zum Thema Sporthallenschließungen wird auch derjenige der LINKEN im Hauptausschuss behandelt. Die Fraktion schlägt ein Stufenkonzept vor, in dem die schnellstmögliche Ertüchtigung und Wiedereröffnung der gesperrten Hallen an erster Stelle steht.

SVV zum ersten Mal live im Netz

Haben Sie sich auch schon mal gefragt, wie die Stadtverordneten in ihren meist siebenstündigen Sitzungen über hundert Tagesordnungspunkte behandeln?
Nur ein kleiner Ausschnitt davon spiegelt sich hinterher in den Medien wider – das echte Ringen um die besten Argumente, aber mitunter auch das theatralische Beharrungsvermögen im Lagerkampf bis hin zu mehr oder weniger bewusst inszenierten komödiantischen Einlagen wurde bisher kaum dokumentiert. Das soll nun anders werden.
Seit es die technische Möglichkeit gibt, verfolgt die LINKE die Absicht, einen Beschluss herbeizuführen, dass der öffentliche Teil der SVV live im Internet übertragen wird. Vor mehr als zwei Jahren, am 2. November 2011, hatte die SVV die Beschlussvorlage der LINKEN mehrheitlich bestätigt, mit der der Oberbürgermeister aufgefordert wird, „die notwendigen Voraussetzungen zu prüfen" habe, die öffentlichen Sitzungen der Stadtverordnetenversammlung im Internet übertragen werden. Im Januar 2012 sollte ein Vorschlag vorgelegt werden.
Genau zwei Jahre danach war es nun soweit: Die SVV am 29. Januar 2014 war zum ersten Mal live im Internet zu verfolgen. Als Testlauf sozusagen, die Unterstützung des HPI mache es möglich, erklärte der Vorsitzende der SVV am Beginn der Sitzung. Die Abgeordneten sollten aber mit ihren eigenen Computern nicht ins Netz gehen, da der Server nicht allzu viele Zugriffe verkraften würde.
Und die Erfahrung des Testlaufes zeigt: die Kapazität ist durchaus noch ausbaubedürftig. Nicht jedem online Besucher ist der Zugriff gelungen.
„Einige Tage später" könne man dann auf der potsdam.de-Seite den Mitschnitt (geschnitten und aufbereitet) im Archiv ansehen.

Planmäßig zu eng

Eine seltsame Art des Abblockens von Aufträgen hat sich die Verwaltung angewöhnt: Man verweist auf Gesetze oder Ähnliches, die keinerlei Handlungsspielraum bieten.

Man erlebt es als Beobachter immer wieder: Wohlmeinende, meist sorgenvolle Vorschläge, vor allem zum Straßenverkehr, werden Stadtverordneten mit Bedauern ausgeredet: Die Zuständigkeit liege bei der Straßenverkehrsbehörde, die Stadtverordnetenversammlung habe keine „Ermächtigungsgrundlage" zu entscheiden. Im Klartext: Mischt euch da mal nicht ein, ihr habt ja keine Ahnung, da gibt's welche, die wissen es besser.

Zweimal ging es Anträgen der LINKEN auf der vergangenen SVV so. Den ersten Fall hat Stefan Wollenberg in seiner Wortmeldung (Seite 2) geschildert. Ralf Jäkel erntete fast die gleiche Antwort: Für eine Radwegmarkierung in der Kurve am Landtag gebe es keine gesetzliche Grundlage – der gemeinsame Fuß- und Radweg auf beiden Seiten der Breiten Straße sei zu eng für die jeweiligen Mindestbreiten von Fußweg und Radweg.

Aha, zu eng also. Planmäßig zu eng, möchte man jetzt einfach mal so sagen. Und: Wer das planmäßig zu eng gebaut hat, der sollte sich nun auch etwas einfallen lassen, wie man Autos, Straßenbahnen, Fahrräder und Fußgänger kollisionsfrei durch die Engstelle bekommt.

Vielleicht geht ja noch was, denn die Macht der Stadtverordneten hat beide Anträge wenigstens noch in den Ausschuss für Klima, Ordnung, Umwelt und ländliche Entwicklung überwiesen.

Hoffentlich kommt da noch jemand rechtzeitig zur Besinnung. Wir wollen doch nicht, dass die Potsdamer regelmäßig vor dem Schloss auf der Nase liegen. *rd*

Was – wann – wo?



Sitzungen der Fraktion DIE LINKE in der Stadtverordnetenversammlung Potsdam
Stadthaus, Raum 3.107, Beginn jeweils 18 Uhr
10.; 17. und 24. Februar; 03.; 10. und 17. März 2014

59. Sitzung der Stadtverordnetenversammlung mit Einwohnerfragestunde
Stadthaus, Plenarsaal
05. März 2014, Beginn 15 Uhr

Frühschoppen „Rathausreport live“
Bürgerhaus Stern*Zeichen, Galileistraße 37-39, Stadtteil Stern
09. März 2014, Beginn 10 Uhr

Ausgabe „Rathausreport“ Nummer 1/2014
Stadthaus, Raum 3.107
14. bis 19. März 2014 (außer Sa. und So.)
Sie haben auch die Möglichkeit, den Rathausreport an den Info-Ständen der Fraktion DIE LINKE in den Stadtteilen zu bekommen.

Rathausreport live im Club 91 in Potsdam West

Erbbaurecht für 20 Jahre



Dr. Lutz Henrich, der Vorsitzende der Stadtsportbundes (l.), zu Gast beim Rathausreport live.

Natürlich waren die geschlossenen Sporthallen am Luftschiffhafen und die Auseinandersetzung um das Fortbestehen des „Mercure“ bestimmende Themen auf dem traditionellen Polit-Frühschoppen der Stadtfraktion der LINKEN am Sonntag nach einer Stadtverordnetenversammlung.
Der Fraktionsvorsitzende Dr. Hans-Jürgen Scharfenberg hatte im gut besuchten Club 91 über die wesentlichen Beschlüsse und die Standpunkte der LINKEN informiert. Die LINKE hatte den Vorsitzenden des Stadtsportbundes, Dr. Lutz Henrich, eingeladen, der nach den jüngsten Verhandlungen mit der Stadt über eine Unterstützung der von den Hallenschließungen betroffenen Sportvereine deutlich machte, dass es nicht in erster Linie um einen Ausgleich gesunkener Beitragseinnahmen gehe. „Es geht in erster Linie darum, die Möglichkeit der Gesunderhaltung der Potsdamer zu gewährleisten, die Basis für den Breitensport wieder herzustellen.“ Für die Schwimmer im Leistungssport sehe er keine adäquate Ausgleichsmöglichkeit. „Daher auch unser Antrag, vor allen anderen Klärungen die Hallen so schnell wie möglich wieder in Betrieb zu nehmen.“
In einem Antrag für die SVV hatte die LINKE den Abschluss eines Erbbaurechtsvertrages mit der Weißen Flotte über 20 Jahre für ein (von der SVV beschlossenes) Grundstück am Fuße des Mercure als Beschluss vorgeschlagen. Der Antrag wird im Hauptausschuss verhandelt. Hans-Jürgen Scharfenberg betonte die Wichtigkeit dieses Beschlusses, denn „man muss der Weißen Flotte die Möglichkeit geben, nach wirtschaftlichen Gesichtspunkten einen Neubau zu realisieren“. Er betonte noch einmal die Position, dass der Umgang mit dem Mercure, die immer wieder betonte Absicht, das Mercure so schnell wie möglich zu kaufen, um es abzureißen, jetzt aktuell auch wertsteigernde Investitionen zu untersagen, Schikane sei. „Wir sind als LINKE unverdächtig und wenden uns dagegen, eine sogenannte ‚Heuschrecke“ unterstützen zu wollen. Es geht um Erhaltung einer funktionierenden Infrastruktur, um ein Objekt, das zum historisch gewachsenen Stadtbild gehört und nicht zuletzt um die Arbeitsplätze im Hotel.“ Die Zuhörer gingen noch schärfer mit dem Baubeigeordneten ins Gericht, eine Bürgerin bezeichnete die Aktionen gegen das Mercure gar als „ahuman“ den Mitarbeitern gegenüber, die ständig um ihren Arbeitsplatz bangen müssen.
„Der Schönheit und der ‚reinen Architektur‘ wegen Gebäude wie das Mercure oder den Staudenhof abreißen zu wollen, verbietet sich, solange es uns nicht einmal gelingt, für Kinder ein kostenloses Schulessen auszugeben“, sagte Scharfenberg mit Verweis auf eine Fernsehdokumentation des rbb am Vortag, die sich mit der Kinderarmut in Potsdam beschäftigt hatte.
Er informierte auch darüber, dass die LINKE die Auskunft der Verwaltung erhalten habe, dass nach lange währendem Verfahren dem Tierschutzverein Potsdam das Gelände an der Michendorfer Chaussee zugesprochen wurde. Auf seine Nachfrage hin, wurde vom Bürgermeister mitgeteilt, dass der Kaufvertrag im Februar abgeschlossen werden soll.

RATHAUSREPORT
Alternatives Amtsblatt der Fraktion DIE LINKE Potsdam
V.i.S.d.P. Dr. Hans-Jürgen Scharfenberg

Bei Fragen wenden Sie sich bitte unter der angegebenen Adresse oder per E-Mail an uns:
DIE LINKE.Fraktion, Friedrich-Ebert-Straße 79/81, 14469 Potsdam
E-Mail: DIELINKE-Stadtfraktion@Rathaus.Potsdam.de
Telefon: 0331/289 30 51, Fax: 331/289 31 19
Druck: DRK-Behindertenwerkstätten gGmbH Potsdam

Da der Rathausreport sehr gefragt ist, geben Sie ihn bitte weiter, wenn Sie ihn gelesen haben.